

Germanenstädter Zeitung vereinigt mit dem Siebenbürger Boten.

Erscheint
mit Ausnahme des
Sonntags täglich.
Kostet für das halbe Jahr
5 fl., das Vierteljahr 2 fl.
60 kr., ein Monat 85 kr.
Mit Zulassung in's
Haus 1 fl.
Postverendung:
Im Inland:
halbjährig 7 fl. viertel-
jährig 4 fl. 50 kr. 3. 23.
Im Ausland:
vierteljährig 4 fl. 50 kr.
Redakteur und Eigen-
thümer
Th. Steinhausen.

Inserate
aller Art werden in der
Steinhausen'schen Buch-
druckerei angenommen; für
Postbefragt dieselben Leop.
Lang, Intern. Annoncen-
Expediton, Dorotheengasse
9; für Wien die Annon-
cenbureau: A. Oppelik,
Kolltheile 22, Haaserstein
& Vogler, Neuer Markt 11,
Radolf Mosse, - eiler-
stätte 2; für's Au Land
Hassenstein & Vogler in
Berlin, Hamburg, Stutt-
gart a. M., Basel und Paris.
Der Raum einer einzei-
ligen Zeilenbreite kostet
beim erstenmaligen Einsetzen
7 kr., das 2. Mal 6 kr., das
3. Mal 5 kr., 5. Mal 4 kr.,
6. Mal 3 kr., 7. Mal 2 kr.,
8. Mal 1 kr., 9. Mal 1/2 kr.,
10. Mal 1/3 kr.

Abonnement-Bureau: In Weibach bei Joh. Hedrich's Erben; in Schäßburg bei C. J. Habersang's Buchhandlung (C. F. Erler); in Szasz-Regen bei Herrn J. G. Rinn, Kaufmann; in Klausenburg bei Herrn J. Stein, Buchbinder; in Bistritz bei Herrn C. Schell, Lehrer; in Kronstadt bei Herrn Heinrich Zeitner, Buchbinder; woselbst die Abonnement-Beträge franco erbeten werden.

Nr. 127. Hermannstadt, Mittwoch am 29. Mai. 1872.

Telegramme

Hermannstädter Zeitung v. m. d. Siebenbürger Boten.
Wien, 28. Mai. Der Ministerialrath Karl Gsemeghi ist zum Unter-Staats-Secretär, weiters sind die Sectionsräthe Ladisl. Gfillagh, Desiderius Szilagyi und Jul. Zador zu Ministerialräthen im Justizministerium, der Ministerialrath desselben Ministeriums, Andreas Galmossy, zum Rathe des obersten Gerichtshofes, endlich Baron Roland Göttsch zum ordentlichen Universitätsprofessor ernannt worden.
Die Einberufung der Delegationen ist für den 16. September bevorstehend.
Wien, 28. Mai. Erzherzogin Sophie ist nach langer Agonie heute Früh 3 Uhr gestorben.
Der Kaiser hat im Zwecke augenblicklicher Nothilfe im Ueberschwemmungsbezirke Böhmens 10,000 fl. aus Privatmitteln gewidmet.

Die Programmrede Balthasar Horvath's.

Ueber das Niveau der gewöhnlichen Candidaten-Reden und Redensarten, welche sich in der Wahlperiode erheben, erhebt sich die Programmrede, welche Balthasar Horvath vor seinen in Steinamanger versammelten Wählern hielt. Wie er selbst sagt, ist er der Alte geblieben, der keine neuen Schlagworte mitbringt, sondern nach wie vor sich zu der Schule Deat's bekennt. Er ist der Alte geblieben, wie dies auch der Idealismus bewies, der ihn vom Beginn seiner politischen Laufbahn an besetzte und der auch seine heutige Programmrede durchweht. Mit dem ihm eigenen rednerischen Schwunge zeichnete er in großen Zügen die feierliche Richtung für die Entwicklung unserer nationalen Existenz. Auf allen Gebieten des Lebens will er die Ideen der Freiheit und des Fortschrittes gleichsam als Wegweiser tief und unverrückbar in den Boden senken. Allerdings muß dieser Boden feststehen und vor allen Schwankungen gesichert bleiben. Als die einzig mögliche Staatsform, welche diesen Schutz gewährt, als die einzig mögliche für die Erhaltung der Monarchie, deren Erhaltung wieder eine Lebensfrage Ungarns bildet, erhebt er die Dualismus. Er dürfte für unsere Leser nicht uninteressant sein, wenn wir die auf den Dualismus bezügliche Stelle aus Horvath's Rede herausgreifen. Sie lautet wörtlich:
Ich erkenne an, daß der Dualismus die Hegemonie zweier Nationalitäten bedeutet, nämlich die Hegemonie des ungarischen Elementes hier und die des deutschen Elementes jenseits der Leitha. Eben dies aber ist ein Grund mehr, den Dualismus zu würdigen. Die Hegemonie schließt es nicht aus, daß wir gegenüber den billigen Wünschen der übrigen Stämme gerecht seien; sie können dagegen von uns nicht fordern, daß wir irgend wem zu Liebe auf die leitende Stellung verzichten sollen, die uns sowohl vordem unser historisches Recht, als auch vermöge unserer geistigen Ueberlegenheit gebührt. (Lebhafte Zustimmung.) Ich weiß nicht, in welchem Grade das deutsche Element in Oesterreich an dieser leitenden Stellung festhalten will. Wir haben auch kein Recht, auf dessen Entschlüsse einen unmittelbaren Einfluß auszuüben; ebensowenig sind wir aber berechtigt, dort die föderalistischen Bestrebungen zu unterstützen, ja unser eigenes Interesse verbietet uns dies. (Zustimmung.) Und zwar aus dem

Grunde, weil, wenn der Föderalismus in Oesterreich die Oberhand gewänne, dessen Willen mit großer Wahrscheinlichkeit auch in unser Vaterland herübergeschlagen würden. Außerdem verbietet uns unser eigenes Interesse die Unterstützung der föderalistischen Aspirationen auch deshalb, weil das deutsche Element mit dem Verlusse der leitenden Rolle zugleich auch das Interesse verliere, welche es an das Schicksal der Monarchie knüpfen, und die Monarchie schütze sich dadurch leicht eine centrifugale Kraft eben aus jenem Elemente, welche bisher sowohl vermöge seiner Anzahl als auch vermöge seines materiellen und geistigen Gewichtes, endlich vermöge seiner freistimmigen Tendenz die stärkste Stütze der Länder jenseits der Leitha war.
In betref der Regelung des Oberhauses sagte der Redner: Das heutige Oberhaus kann weder mit seinem unbestimmten Wirkungsbereich, noch mit seiner Zusammenziehung weiter fortbestehen. Die Bestimmung des Oberhauses ist, daß es, über den Parteien stehend, mit seiner moralischen Autorität, Wissenschaft und Ruhe nicht die Bestrebungen des Abgeordnetenhauses behindere, sondern bloß mäßige, wenn letzteres sich durch die Parteileidenenschaft über die richtigen Grenzen hinweggreifen ließe. Demgemäß kann das Oberhaus kein Recht des unbeschränkten Veto's haben, denn dies wäre ein Verleihen des Willens der Nation, welcher sich durch ihre Abgeordneten im Unterhause kundgibt. Bei der Regelung des Oberhauses ist daher der eine wesentliche Gesichtspunkt der, daß dessen Verhältnis zum Abgeordnetenhaus präzis festgesetzt und sein Recht der Rücksendung zwischen die gehörigen Grenzen eingezogen werde.
Der zweite richtunggebende Gesichtspunkt, auf welchen bei der Regelung des Oberhauses geachtet werden muß, ist der, daß wir in das selbe nicht den Kastengeist einführen (Beifall), daß wir es nicht zum Monopol einzelner privilegierter Klassen, oder zur Personifikation einzelner, selbstständiger Interessen machen; ferner, daß seine Mitglieder, insofern sie daselbst in Folge der Ernennung von Seite der Krone ihren Platz einnehmen, aus Rücksicht auf die Unabhängigkeit der Legislative unabsetzbar seien.
In der Reihe unserer Institutionen fehlt der Staatsgerichtshof. Noch als Mitglied der Regierung habe ich diese Idee angeregt, allein sie fand leider keinen Widerhall.
Eines der Grundprinzipien der über die Ausübung der richterlichen Gewalt gegebenen Gesetze ist: die Scheidung der Justizpflege von der Administration. Allein dieses Prinzip kann insoweit nicht in seiner ganzen Fülle durchgeführt werden, bis wir nicht für die Errichtung einer unabhängigen, unabhängigen Mitgliedern bestehenden Korporation Sorge tragen, welche in administrativen Angelegenheiten das höchste Forum bildet. Jetzt bilden die verschiedenen Minister, jeder in seinem Ressort, dieses Forum. Dieser Zustand ist unhaltbar und den Anforderungen des geregelten Staatslebens vollkommen entgegen. Das Recht und der Beruf des Ministers ist zu regieren, nicht aber zu richten. Er kann innerhalb der Schranken seines verfassungsmäßigen Wirkungsbereiches Verfügungen erlassen, aber kein Urtheil fällen. Das Recht ein Urtheil zu fällen kann ebensowenig in administrativen Angelegenheiten als auf dem Gebiete der Justizpflege in die Hände der politischen Gewalt niedergelegt werden. (So ist's.)
Ich halte daher die möglichst baldige Errichtung des Staatsgerichtshofes für nöthig, dessen Beruf wäre:
1. das höchste Forum in administrativen Angelegenheiten zu sein;
2. in Bezug auf die Kompetenz zwischen den justizuellen und administrativen Fora in solchen Fällen zu entscheiden, wenn es zweifelhaft erscheint, welchem Forum eine gewisse Angelegenheit zugehört;
3. in einzelnen konkreteren Fällen über die Gültigkeit der auf administrativem Gebiete erlassenen Verfügungen endgiltig zu entscheiden, wenn

deren Legalität von der einen oder anderen Partei in Zweifel gezogen würde.
In Bezug auf Kommunikation hat unsere Nation einen großen Fehler, nämlich: daß wir uns bloß für Eisenbahnen begeistern, unsere Landstraßen aber vernachlässigen. (So ist's.) Dies ist, um mich eines medizinischen Ausdruckes zu bedienen, soviel, als die großen Arterien des Körpers erschaffen, hingegen aber der Capillargefäße vergessen, wodurch ohne die letzteren die Wohlthätigkeit der großen Arterien verloren geht. (Beifall.)
Diese irrige Auffassung, diese einseitige Richtung ist schuld daran, daß unsere Eisenbahnen beinahe ausschließlich auf den Durchfuhrhandel angewiesen sind und deshalb ist auch ihre Einträglichkeit eine geringere, als sie sein sollte. Den Segen der Eisenbahnen werden wir erst dann vollständig fühlen, dieselben werden nur dann zu wirklichen Hebeln unseres materiellen Wohlstandes werden: wenn sie durch ein richtiges Landstraßensystem auf allen Theilen des Landes in Verbindung gebracht werden. Jetzt ist die Eisenbahn an manchen Orten ganz nutzlos für solche, die bloß durch einen Weg von einigen Stunden von ihr getrennt sind, da diese zu manchen Zeiten des Jahres in einem Rothmeer ertrinken müßten, bevor sie zur Eisenbahn gelangen. Und dieses Uebel ist unter unseren Umständen ein um so größeres, als der innere Werth unserer für den Export bestimmten Artikel im Vergleich mit ihrem Gewichte ein unverhältnismäßig geringer ist, diese Artikel demnach von den Lasten der Transportkosten in weit größerem Maße gedrückt werden, als z. B. jene Importartikel, welche bei geringem Gewichte einen großen Werth repräsentiren.
Demzufolge würde ich für wichtiger halten, wenn anstatt die Eisenbahnen sporadisch zu dotiren, zu allererst unser Kommunikationssystem in seiner Gesamtheit, unser Eisenbahn- und Landstraßennetz zusammen und einheitlich festgesetzt würde. (Lebhafte Beifall.)
Eine unserer Hauptaufgaben ist es, für die Sicherheit des Landes, für die Bewerthung der Landesverteidigung zu sorgen. Die Auflassung der gemeinsamen Armee aber und die Bildung einer besonderen ungarischen Armee halte ich weder für möglich, noch für zweckmäßig. Für unmöglich deshalb, weil sie den Ausgleich alteriren, und für unweckmäßig darum, weil sie die Schultern der Nation mit unredlichen Lasten belegen würde. Hingegen aber sehe ich kein Hinderniß dafür vorhanden, sondern erkenne es sogar als wünschenswerth an, daß unsere Landwehr, als ergänzender Theil der gemeinsamen Armee, je eher mit Genietruppen versehen werde.
 Ganz besondere Rücksicht erheischt das Unterrichtsweesen. Preußen verband seinem richtigen Erziehungssystem jene Stufe der Macht und des Ansehens, zu der es gelangt ist, so zwar, daß es zum Sprichwort geworden: „die preussischen Schulmeister haben das große Deutschland geschaffen.“ Auch wir können sagen: die Grundsteine zu der Zukunft und Größe Ungarns müssen wir in unseren Schulen legen, und deshalb darf die Nation vor keinerlei Opfern zurückschrecken, um das Unterrichtsweesen auf möglichst rationeller und breiter Grundlage zu bausen. (Lebhafte Zustimmung und Beifall.)
Eine wichtige Stelle in der Reihe unserer nächsten Agenden nimmt auch die Religionsangelegenheit ein. Nachdem die 1848er Gesetze das Prinzip der konfessionellen Gleichberechtigung ausgesprochen haben, so ist es sehr natürlich, daß die katholische Religion nicht mehr jene Vorrechte für sich beanspruchen darf, welche sie in der Vergangenheit besessen hat; hindere aber kann sie nach dem Prinzip der Gleichberechtigung mit Zug dieser Autonomie und dieselbe Unabhängigkeit vom Staat verlangen, in deren Genuss die übrigen Konfessionen sich befinden. (Beifall.) Es gehört zwar vor die Legislative die Aufhebung des Verhältnisses, in welchem die katholische Religion bisher vermöge ihrer privilegierten Stellung

Feuilleton.

Allgemeine deutsche Lehrerverammlung.

Hamburg, 22. Mai.
Die heute Abends in dem nahegelegenen Altona stattfindende Versammlung der socialistischen Partei, welche bei der Unterrichtsfrage auch mitsprechen will, bildet eine merkwürdige Episode während des diesjährigen deutschen Lehrertages in der altherwürdigen Hanfsaadt. In dem darauf bezüglichen Aufzuge auf einem Duodezblätterchen, der mir heute Vormittags von einem Unbekannten in die Hand gedrückt wurde, heißt es: Tagesordnung: 1. Die Schule der Social-Demokratie. 2. Der Lehrer-Congress und der Former-Congress. (Verein der Metallarbeiter.) Nachdem das Gesuch der Hamburger Mitglider des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins an den Ausschuss der Lehrerverammlung, die sociale Frage mit auf die Tagesordnung bringen zu wollen, nicht genehmigt wurde und der Hamburger Polizeibehörde die Abhaltung einer Volksversammlung durchaus nicht gestattet, trotzdem derselbe einige hundert Officianten, einige hundert Constabler und circa 1000 Special-Constabler unter Anführung der Herren Gewerbebesitzer Director Jessen, Johann Halben, Mügen-Warrens u. s. w. zur Verfügung hat, so hat der Unterzeichnete diese Versammlung in Altona einberufen und werden hierzu besonders die Herren Lehrer, und Alle, welche sich für Wahrheit und Menschenrechte interessieren, eingeladen. B. Hasselmann.
Eines sehr starkn Bedruckes erfreut sich die von dem Ausschusse veranstaltete Lehrmittel-Ausstellung, welche sowohl durch ihre Reichhaltigkeit als die sorgfältige Anordnung nicht nur die Aufmerksamkeit der Mitglieder des Lehrertages, sondern auch des ganzen gebildeten Publicums gegenwärtig in Anspruch nimmt. Speciell erregen darunter jene Gegenstände, welche zum Anschauungs-Unterrichte der Jugend in den ersten Altersstufen bestimmt sind, das meiste Interesse. Aber auch andere Ob-

jecte in der geographischen, anthropologischen und naturhistorischen Section zeichnen sich durch Billigkeit und Zweckmäßigkeit aus und gewähren dem Lehrer ein sehr geeignetes Material, die Willkür seiner Schüler zu wecken. Eine größere Collection der in Württemberg gebräuchlichen Lehrmittel gibt einen Ueberblick über sämtliche Gegenstände des Anschauungs-Unterrichtes für drei geschlossene Curse in den dortigen mittleren und höheren Schulen. Vielleicht sind Sie schon durch den Telegraphen davon in Kenntniß gesetzt, daß die hamburg-amerikanische Dampfschiff-Gesellschaft dem Präsidium des Lehrertages zwei große Dampfer zu einer Gratisfahrt nach Helgoland zur Verfügung gestellt hat, woran an zwei verschiedenen Tagen ungefähr 1400 Personen theilnehmen können. Als unmittelbare nach der geliebten Sitzung ein Comité-Mitglied auf der Tribüne diese Helgoland-Karten vertheilte, fand ein solches Ringen und Gedränge statt, daß man Arme und Beine riskirte, wenn man sich diesem verworrenen Anhauf von Kämpfenden zu nähern wagte. Da übrigens trotz der großen Anzahl von ausgegebenen Gratisbilletten dennoch fast zwei Drittel der Versammlung dabei leer ausgingen, sind sie jetzt sehr im Preise gestiegen und wurde heute das Stück mit zehn Thalern bezahlt.
In der heutigen, zweiten Plenar-sitzung des Lehrertages, welcher ich nur in ihrer ersten Hälfte bis zur Raststunde beiwohnen konnte, spielte der Referent, Herr Heinrich Burzwardt, Rector in Wismar, die Hauptrolle. Er führte das Thema durch: „Die öffentliche Schule auf gefährlichem Wege; eine erste Mahnung an die deutschen Lehrer und Schulbehörden.“ Er sagte unter Anderem: „Unsere Schulen sind leider ausschließlich bloß Unterrichts-, keineswegs aber Erziehungs-Anstalten, was sie doch zugleich sein sollten. Man vernachlässigt in unseren Schulen vollständig das ethische Element, welches zur harmonischen Bildung des heranwachsenden Menschen absolut notwendig erscheint. Bei diesem einseitigen Unterrichtsweesen, von welchem unsere Zeit jetzt ergriffen ist, kann es Niemanden Wunder nehmen, daß es mit der Moralität der heutigen Generation so schlecht bestellt ist.“ Einen unwiderprechlichen Beweis für seine hier ausgesprochene Ueberzeugung bilde die von Tag zu Tag steigende Anzahl von Verbrechen, und man müsse sich deshalb vor Allem

um Maßnahmen umsehen, diesem bedrohlichen Zustande kräftig entgegenzuwirken. Die deutsche Volksschule solle daher in vorbestimmter Linie eine Erziehungs- und dann erst eine Unterrichtsanstalt sein. Nur auf diese Art sei das schlechende Uebel dauernd zu beseitigen.
Herr Lüben, Seminar-Director aus Bremen, widerlegt die selbst-jährigen Anschauungen seines Vorredners auf das glänzendste und weist ihm ziffermäßig nach, daß die Annahme eines stetigen Anwachsens der Verbrechen auf einem statistischen Irrthume beruhe. Da er im Laufe seiner Argumentation auch in etwas lebhafter Weise auf das Benehmen der Beistlichkeit in Schul-Angelegenheiten zu sprechen kam, entstand plötzlich in einem Winkel des Saales, wo sich diesmal die pietistische Partei zu einer dichten Phalanx zusammengedrängt hatte, ein solcher Sturm und ein so heilloses Geschrei, daß der Präsident die Ordnung herstellen mußte. Unter den nachfolgenden Sprechern fiel besonders Herr Lillie, Profist zu Altona, durch seine wahrhaft beneidenswerthe Stenortimme auf. Dieser geistliche Würdenträger hat das Brustorgan eines Löwen; seine Stimme schallt wie eine Posaune. Mir ist in meinen parlamentarischen Wahrnehmungen noch ni mals etwas Aehnliches vorgekommen. Da sich der Journalistensich unmittelbar unter der Rednerbühne befindet, hatten wir diese niedererschmetternden Töne gleich von erster Hand, welche wie das Fortissimo eines Ophikleide dicht am Ohr unbarmherzig auf uns einströmten. Mit diesem Riesengraun konnte Herr Lillie wahrhaftig um Colosseum zu Rom eine Predigt abhalten; kein Wort davon ginge in diesem ungeheuren Raum verloren. Wie es sich bei einem Probst von selbst versteht, trat er mit großer Energie und nicht ohne Verehrlichkeit gegen den Clerus auf, welchen er sowohl gegen die geistigen als heutigen Angriffe zu verteidigen suchte. Da er am Beginn seines Vortrages, der sich oft zu einem salbungsvollen Predigertone erhob, gleich offen Farbe ließ ihn, wiewohl nicht ohne einige Unterbrechungen, sein geistliches Plaidoyer zu Ende führen.
Bis zur Raststunde wurden von der Versammlung nachstehende endgiltige Beschlüsse gefaßt: Es wird dem Ausschusse des Allgemeinen

zum Staate gehanden; die Legislative kann jedoch die Lösung dieses Verhältnisses eben so wenig verweigern, als sie verweigern kann, daß nach erfolgter Trennung die katholischen Güter und Stiftungen der eigenen Verfassung der Reichsliste unterstellt werden. (Beifall.)

Ich befinde mich in Ungarn nicht jene Reibungen, wie sie in einigen Staaten jetzt zwischen der Kirche und der Staatsgewalt an der Tagesordnung sind. Der ungarische Clerus, der seine religiösen Pflichten nicht zu vereinen und in Einklang zu bringen gewußt mit der Liebe zum Vaterland, — jener Clerus, mit dem, was patriotische Gesinnung betrifft, kein Clerus der Welt rivalisiren kann, — jener Clerus, der zu allen Zeiten einen so großen Antheil gehabt an der Rettung, Erhaltung und Hebung des ungarischen Staates, wird sicherlich auch künftighin sich erhalten, die unangewiesenen Rechte des Staates angreifen, sowie hinwiederum auch wir uns hüten werden vor einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Kirche. Nur Eins dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, daß es nicht erlaubt ist, diese Sache auf das Feld der Leidenschaftlichen Hinführung zu übertragen und Mißtrauen gegeneinander zu säen. (So ist's!)

Ich wiederhole: von jenem Clerus, der erst jüngst wieder ein Bündniß mit denjenigen zurückgewiesen, welche die Religion als Mittel für ihre egoistischen Zwecke mißbrauchen wollen, von jenem Clerus, dessen patriotische Gesinnung ihm nicht gestattet, durch Gründung einer besondern katholischen Partei sich von uns loszureißen, sondern der in diesem Lager seinen Platz eingewonnen, welches die Lösungsworte des modernen Staates, der radikalen Reform, der freisinnigen Demokratie bringt: von diesem Clerus haben wir nichts zu befürchten, die wir die Religion von der Politik ausschließen, oder nur insofern in die Politik hineinziehen, als wir die Doktrin der Gleichberechtigung, der Liebe und Friedfertigkeit Freund und Feind gegenüber gleichmäßig befolgen. (Lebhafte Beifall.)

Den meisten Aufgaben begegnen wir noch immer auf dem Gebiete der Rechtspflege.

Meine Lieblingsidee war die Einbürgerung der Institution der Friedensrichter theils aus Sparmaßregeln, theils weil ich in die autonomen Elemente neues Leben gießen und der bestehenden Intelligenz ein Terrain eröffnen wollte, auf welchem sie durch unentgeltlichen Dienst im öffentlichen Interesse auf Grundlage ihrer moralischen Berichtigung wieder neuen Einfluß und neuen Ansehen zu erwerben konnte, welche in den beiden letzten Jahrzehnten immer mehr verfielen und deren neues Erwachen im staatlichen und gesellschaftlichen Interesse so wünschenswerth wäre. Nachdem jedoch die Frage der Komitatsorganisation in Hinsicht auf das Institut der Friedensrichter auf legislativem Wege eine ungünstige Lösung fand, so mußte ich dieser Idee entsagen.

Da die Gerichtsorganisation nur ein Theil des Gesamtorganismus der Justizpflege ist, so habe ich zur Vervollständigung einen auf die Advokatenorganisation und einen auf die Einführung des Notariats-Instituts bezüglichen Gesetzentwurf ausgearbeitet, welche Gesetzentwürfe der Legislative vorzulegen mir jedoch keine Zeit mehr blieb.

Auf dem Gebiete des formellen Rechts kann ich als Resultat nur jene provisorische Prozeßordnung aufweisen, in den G. N. LIV. vom Jahre 1858 gefaßt wurde. Ich nenne sie eine provisorische, denn gleichwie ich selbst einschärfen erklärte, daß ich ein Anhänger der Mündlichkeit, Offenheit und Unmittelbarkeit bin (lebhafter Beifall) und die Legislative diese meine Erklärung mit Beifall entgegennahm, so wird — davon bin ich überzeugt — auch die kommende Gesetzgebung sich für dieses System aussprechen, welches so vielfache Vorzüge darbietet. Dieses System fördert nämlich, daß es dem Genius einer an die Öffentlichkeit gewöhnten Nation am besten entspricht, zugleich am sichersten die hohen Ziele der Rechtspflege dadurch, daß es den Richter- und Advokatenstand von ihren Schladern befreit, und dadurch, daß es, die Rechtsbegriffe und Gesetze verbindend, allmählig den moralischen Schaden entfernt, den wir den Prozeßregeln nennen. Daß ich mich ernstlich an dieser Idee auf dem Gebiete unserer Gesetzgebung einzubürgern, dafür zeugt der Umstand, daß ich, bevor ich aus dem Kabinete scheid, den Entwurf einer auf dem Prinzip der Mündlichkeit beruhenden Prozeßordnung einer zu diesem Zweck einberufenen Konferenz unterbreite. Allein trotzdem ich die gegenwärtig bestehende Prozeßordnung als eine provisorische betrachte, so erreichte ich dennoch schon damals, als ich diese der Legislative unterbreite, zwei große Ziele durch sie: 1. daß ich, dieselbe auch auf Lebenbürger ausdehnend, der Union ein neues Band schuf, und 2. daß ich die obersten Gerichte des Landes organisiere und dieselben anfangs der alten feudalen kön. Curie, wo noch vor vier Jahrhunderten Tabularbarone, Prälaten und vom P. Inas, sowie vom Jader Curie ernannte Mitglieder Platz hatten, auf neuer, zeitgemäßer Grundlage rekonstruiren konnte.

Ich bedaure, daß mein dritter Plan, den ich an das provisorische Gesetz geknüpft hatte, nämlich die Teilung der kön. Tafel, im letzten Augenblicke scheiterte und wir von der unerhörten Anomalie, daß für ein Gebiet von mehr als 3000 Quadrat-Meilen und für eine Bevölkerung von

deutschen Lebertages überlassen, für die Wahl des geeigneten Ortes zur nächsten General-Versammlung selbst zu sorgen; ferner: Der jetzige geschäftshührende Ausschuss bleibt auch für das nächste Jahr, und es wird keine Verjährung derselben durch die Wahl neuer Mitglieder vorgenommen, wie von einigen Mitgliedern beantragt worden ist. Zugleich machte das Präsidium bekannt, daß Herr Maurice, Director des hiesigen Epitaph-Theaters, wie bereits schon früher, auch heute eine bedeutende Anzahl von freien Eintrittskarten der Versammlung zur Disposition stellen ließ.

Notiz.

— († Otto Freiherr v. Hingenau.) Am 23. Mai Morgens starb der Ministerialrath im Finanzministerium, k. k. Kammerer Otto Bernhard Freiherr v. Hingenau, eine bekannte Autorität für das Berg- und Hüttenwesen, nach langer Krankheit in Wien an den Blattern. Hingenau war am 19. December 1818 zu Tetsch geboren, machte seine Gymnasial-Studien in Prag und kam später in das Ipersthanum nach Wien, wo er bis zur Beendigung seiner juridischen Studien (1840) verblieb. Er beschäftigte sich damals mit Gedichten und Novellen, die in der Wiener Zeitschrift erschienen. Von früher Jugend den Naturwissenschaften zugewandt, bewährte er das Interesse dafür, das ihn sogar antreibt, in die Berg-Mathematik zu eintreten, wo er bis 1843 den montanistischen Studien oblag, die er in seinem Roman „Der Bergmann“ künstlerisch zu verwerthen suchte. Hierauf dem Oberbergamte zu Leoben und später dem berggerichtlichen Departement der Hofkammer in Mähren und Bergweien in Wien zugetheilt, wurde er 1847 als Berggerichtssubstitut nach Wünn berufen und im März des folgenden Jahres zum Vorstand des mährisch-schlesischen Berggerichtes ernannt. Im Jahre 1849 wurde er zu den Beratungen des ersten Berggesetz-Entwurfes beigezogen, mit der Organisation der Bergbehörden in Mähren und Schlesien betraut und als Berg-hauptmann für diese beiden Landestheile eingesetzt. Er war für die Begründung des Bergwerks-Bereiches überaus thätig und kam im October 1850 mit dem Titel eines Bergamtes als Professor des Bergrechtes an die Wiener Universität. 1853 begründete er die „Oesterreichische Zeitschrift für Berg- und Hüttenwesen“, die er noch, zum Ministerialrath avancirt, eifrig redigirte. Seine Schriften über das Bergwesen sind zahlreich und sehr werthvoll; seine in verschiedenen Blättern zerstreuten volkswirtschaftlichen Artikel. Neben seinen schon erwähnten schätzbaren Arbeiten pflegte er noch ab und zu das publicistische Feld. Eine Broschüre: „Der Kampf gegen den Bonapartismus jetzt und vor fünfzig Jahren“ erschien von ihm anonym (1859) in Leipzig. Freiherr v. Hingenau war eine tallos thätige Arbeitskraft, wie sie selten in der österreichischen Bureaucratie vorkommen dürfte.

mehr als 10 Millionen nur ein Gericht besteht, noch heute nicht befreit sind.

Bezüglich des strafrechtlichen Verfahrens, des Strafrechts und des bürgerlichen materiellen Rechts mußte ich mich auf nothwendige Verbesserungen, zum Theile bloß auf Vorarbeiten beschränken, weil es mir an Zeit und Kraft gebrach. Ich halte es jedoch für nöthig offen auszusprechen, daß ich das Strafrecht mit der Institution der Schwurgerichte in Verbindung bringen wollte und die Ausarbeitung des betreffenden Entwurfes in dieser Richtung einleitete. Zu dieser Ansicht bekenne ich mich auch jetzt noch ohne Schwanken, und halte die Einbürgerung des Schwurgerichtssystems für unerläßlich, erdens darum, weil dieses am besten das Rechtsgefühl des Volkes pflegt und fördert, in diesem Rechtsgefühl aber die kräftigste und zuverlässigste Kontrolle und Stütze der Staatsordnung liegt (so ist's), und zweitens darum, weil ich die größte Gewähr für die bürgerliche und politische Freiheit in den erwähnten Institutionen erblicke! (Beifall.) Bezüglich der Ausführung inbezug erkenne ich in Anbetracht der eigenthümlichen Verhältnisse uneres Vaterlandes an, daß die allgemeine Anwendung des Schwurgerichtes anfänglich vielleicht auf unbefestigte Hindernisse stoßen würde; aus diesem Grunde wäre ich vorläufig auch damit zufrieden, daß die Schwurgerichte bloß in den größeren Brennpunkten, der Intelligenz errichtet und vor dieselben bloß die schwereren Verbrechen gewiesen würden, das heißt, daß die Ausdehnung der Schwurgerichte Schritt halte mit der Ausbreitung der Intelligenz. (Lebhafte Beifall.) Wie ich auch dagegen nichts einzuwenden hätte, daß in Anbetracht der größeren Sicherheit des Staates für politische Vergehen und Verbrechen im Mittelpunkte des Landes eine Spezialjurisdiction errichtet werde, denn meine Freisinnigkeit geht nicht so weit, daß ich der abstrakten Idee des Liberalismus auch die Existenz des Landes aufopfern möchte. (Kauschender Beifall.)

Eine schwierige und mit großen Opfern verbundene aber unendlich heilsame und edle Aufgabe harret unser bei der Reform des Organisationswesens.

Unter die schönsten Erinnerungen meiner ministeriellen Laufbahn gehet es und es gereicht mir für meine Bemühungen zur größten Befriedigung, daß meine Gesetzesvorschläge über die definitive Auflösung der Adhalarverhältnisse und die Novelländerungen, sowie in Siebenbürgen über die Kommissariat- und Segregation zu Gesetzeskraft erwachsen sind. Damit haben wir einen großen Schritt vorwärts gethan zur Verwirklichung der Prinzipien von 1848, zur Begründung des modernen Staates; dagegen muß ich es bedauern, daß die Legislative die Verhandlung über meine Gesetzesvorschläge bezüglich der Pachtländer, der Hofgründe und der Kolonisten nicht beendigen konnte (Ausrufe: leider!); denn von mir angefertigten Gesetzentwurf, die Regelung der Schanzgerechtigkeit aber auf den Tisch des Hauses niedergulegen, stand nicht in meiner Macht.

Die Zukunft wird vielleicht nicht mehr als Schwäche stampeln, was nichts Anderes war, als die Unmöglichkeit gegen die angebrachten Hindernisse anzukämpfen, sie wird vielleicht nicht einen bloßen Zealotismus erblicken in dem Streben nach einem höheren Ziel und in dem Kampfe gegen eingewurzelte Vorurtheile, sie wird vielleicht fern Verbrechen darin sehen, wenn Jemand in die Regierungssphäre hinein auch die Wärme des Herzens mitbringt, um ein reges Gefühl zu haben für die Bedürfnisse und Schmerzen der Nation (Stürmische Gesticulation); sie wird vielleicht nicht darin den Charakterzug eines sogenannten praktischen Staatsmannes finden, wenn Jemand sich mehr für den Besitz der Macht, als für seine Ideen begeistert; die Zukunft wird vielleicht nicht den Grad brechen über jene Regierungsmänner, die da glauben, daß man ohne ein durchdachtes System nicht einmal eine gewöhnliche Fabrik mit sicherem Erfolge leiten und umwonnener auf diese Weise ein Land regieren könne. (Lebhafte Beifall.) Und wozu sollte ich auch noch mehr Details anführen? Wenn Sie mich auch nicht schon aus der Vergangenheit kennen würden, so müßten Ihnen doch schon aus dem Geklagten mein Grundglaube, meine Ansichten, meine Denkartungsweise hinreichend klar geworden sein. Bei dem großen moralischen Gewicht, welches in Ihrer Meinung liegt, werde ich mich unendlich glücklich fühlen, wenn diese meine Grundglaube und Ansichten auch einmal Ihre Billigung finden.

Wenn ich dies erreiche, wenn Ihr altes Vertrauen in meinen Charakter noch vorhanden ist, der in untergeordneten Fragen vielleicht allzu nachgiebig sein mag, aber um den Preis von Prinzipien sich auf Transaktionen eingelassen hat und wenn Sie zugleich glauben, daß der Eifer meines Willens, meine Begeisterung für die Sache und meine Selbstopfer-längung den mir immer spürbarer werdenden Mangel meiner Kräfte und meiner Kraft genügend zu ersetzen im Stande sind; dann, meine Herren, verüßen Sie über mich auch für die Zukunft und ich werde Ihnen gehören, wie der Seemann, der — obwohl er fordern nur das nackte Leben aus dem Stürme gerettet — doch wieder in dem Augenblicke, wo er an das Land tritt, um sich von seinen Mähen und Wägen zu erholen, wieder bereit ist das schwankende Schiff zu besteigen, sobald ihn hiezu das Kommando des Admirals ruft. (Nicht enden wollendes stürmisches Gesticuliren.)

Allein auch wenn Sie mich, als ungedienten Soldaten von der List des fremden Waffendienstes entziehen wollten, so verweise ich Sie doch, meine Herren, daß meine Dankbarkeit Ihnen gegenüber, meine treue Anhänglichkeit an die Sache, mit deren Vertretung Sie mich dieser Zeit haben, unverändert fortbestehen werden. In diesem Falle erlaube ich mir nur eines von Gott und Eins von Ihnen; von Gott erlaube ich mir, daß er mich den Triumpfen unserer Ideen und Prinzipien erleben lasse, von Ihnen aber erlaube ich mir, daß ich in Ihrem Reize den Feiertag des Sieges möge feiern dürfen, und wer immer derjenige sein wird, der uns den Ruhm des Erfolges bringt, ich werde freudvoll und ohne Selbstjähren meinem Triumpfwagen folgen und begeistert den Freudenruf weitergeben: Wir haben gesiegt. (Stürmisches Gesticuliren.)

Journalhaus.

Peft, 25. Mai. „Naplo“ weiß nach, wie das Gebiet der staatsrechtlichen Opposition seit 1868 bis heute sich immer mehr eingezogen habe und wie die Opposition gezwungen war, ihre Agitationsmittel von Zeit zu Zeit zu ändern. Nach dem Auszuge habe die ärgste Lunte eine dreieckige Basis eingenommen, indem sie erklärte, daß der Ausgleich Ungarn zu einer österreichischen Provinz herabgedrückt habe. Ihre Opposition leitete im Jahre 1869; da durchzogen ihre Agitatoren das Land und die Faktion der gemäßigten Linken mit sich. Durch die Uebernahme auf Kosten der gesellschaftlichen Donanz wurden die Gemüther mehr erbitert gegen das Treiben der ärgsten Linken und die Intelligenz des Landes wendete sich der neu gewonnenen Basis ganz rückwärts zu, auch ehe sie im preussisch-französischen Kriege und in der geschichtlichen Frage ihrer Feinde probe bestanden und ehe durch die Einverleibung der Mährländischen neue Beweise ihrer Zweckmäßigkeit geliefert worden. Da übernahm die gemäßigten Linken die Oppositionsrolle und sie änderte die Taktik in vielen Hinsichten ab. Die staatsrechtliche Frage trat in den Hintergrund zurück — und „innere Reformen“ wurden zur Lösung gemacht, wobei der Beweis geführt werden sollte, daß die Rechte unfähig sei, Reformen ins Leben zu rufen. Die Thatsachen haben indess aller Welt das gerade Gegentheil gezeigt, und von der Linken selbst ließ sich ein intelligenter Widerspruch ab, der für eine Reformirung keinen Raum fand in den Reihen der Linken. Da wurde das Programm der Linken modifizirt, sie nahm die Klausel von „Abänderung des Ausgleichs nach Maßgabe der Zeit und bei sorgfältiger Wahl der Mittel“ auf; allein der Furch der Regierungsunfähigkeit blieb doch an ihr hängen. Da hat sie in letzter Zeit zu dem deparatisten Mittel gegriffen: zur Allianz mit den Nationalitäten, um dadurch vollends ihre Regierungsunfähigkeit zu manifestiren.

„Reform“ bezieht den Rechenschaftsbericht Balibazar Horvath's und konstatirt mit Genugthuung, daß darnach alle Gerichte, als ob Horvath sich an die Spitze der Reformpartei stellen wollte, desavouirt sind. Und — „Reform“ hinzu — wir schägen es viel höher, wenn die Männer der wahren Reformen in der Partei selbst ihren Platz einnehmen und ihr moralisches Gewicht, ihre Fähigkeiten und ihr Wissen in die Bagdiale der Entscheidung werfen, als wenn sie eine Faktion im Reichstage bilden und Kritiken möglich machen, während organische Schöpfungen von großen Dimensionen vollzogen werden müssen.

Peft, 26. Mai. Der Brief Kossuth's beschäftigt noch immer einige Blätter.

„Pefti Naplo“ bezieht jenen Theil des Briefes, worin Kossuth die Interpellation Tisa's in Betreff Böhmens „einen Schlag ins Wasser“ und „lauwarm“ nennt. In der That, meint das Blatt, ist Kossuth nicht vollkommen im Rechte. Die äußerste Linke, die von Oesterreich nicht wissen will, die die Verbündeten Ungarns auf einer ganz anderen Seite sucht, handelt nur konsequent, wenn sie auch offen für die Oestrich eintritt. Tisa aber hat sich auch hier, wie überall kleinlich, eckig und kurzschichtig gezeigt, er sieht es gar nicht zu ahnen, daß diese Angelegenheit auf die künftige Organisation der ungarischen Parteien von entscheidendem Einflusse sein wird. Sehen wir den Fall, fährt „Naplo“ fort, Koloman Tisa wäre wirklich davon überzeugt, daß die reine Personalunion durchführbar sei und daß daneben irgend ein Arrangement möglich wäre, daß die in der pragmatischen Sanction ausgesprochene Verpflichtung der gegenseitigen Vertretung, möglich mache. Tisa und Szeczy haben es ausgesprochen, daß die staatsrechtliche Basis nur unter Zustimmung beider Häupter abzuändern sei. Und wenn Tisa alles das glaubt, kann er wohl ein Oesterreicher denken, ohne deutsche Hegemonie? Und selbst wenn er das denken kann, glaubt er vielleicht auch an die Möglichkeit, daß im Bande mit einem slavischen Oesterreich, der ungarische Einfluß der überwiegende sei? Glaube Tisa endlich, daß dieses slavische Oesterreich jemals seine Einwilligung gäbe, zu einer Art der Personalunion, in der die Macht Ungarns noch größer wäre als heute? Wenn die Slaven jemals in die Personalunion willigen, so werden sie es in dem Augenblicke thun, wo sie durch dieselbe Ungarn zu schwächen glauben und wenn sie jemals in die Zweitheilung der Arme willigen, so werden sie es nur thun, um desto rascher zur jerbischen oder römischen Arme zu gelangen.

„Szekeli Naplo“ ermahnt das kroatische Volk, nicht solche Deputirte zu wählen, mit denen die Krone nicht über die Wohlfahrt des Volkes im Landtagssaale berathen könnte, weil jene Männer auf einer Basis stehen, die jener Einheit und Integrität der Krone nicht entspricht, welche aufrecht zu erhalten der König im Jahre 1868 geschworen hat; auf einer Basis, die sich weder mit dem Zeitgeiste, noch mit den seit dem Jahre 1867 in diesem Reiche eingetretenen Umständen verträgt. Das kroatische Volk möge solche Persönlichkeiten in den Landtag wählen, die den 1868 geschlossenen Ausgleich zwischen Kroaten und Ungarn als das gesetzliche Fundament ansehen, durch dessen Heiligkeit die Krone als Ganzes illusorisch gemacht würde. Mögen die kroatischen Wähler sich auch das merken — sagt „S. N.“ hinzu — daß die gegen den Ausgleich vom Jahre 1868 gerichtete Stimmung zugleich auch ein Angriff auf den 1867er Ausgleich ist, welcher letzterer aber ein Fundamentalgeseß Ungarns bildet. Die kroatischen Wähler mögen daher nicht auf das Gewäch der „Zastawa“, des „Maroo“ und des „Doyor“ hören, sondern Persönlichkeiten wählen, denen die Wohlfahrt des Volkes am Herzen liegt und die die Oesterreichigkeit des Staates im Auge behaltend, Mitglieder der konstitutionell-nationalen Partei sind, aber nicht jener Partei angehören, welche sich zwar die „nationale“ nennt, jedoch am allerwenigsten die nationale ist.

„Mageta Transpivaniac“ weist eine Allianz der Romanen mit der Linken auch jetzt noch mit aller Entschiedenheit zurück. Giebt den Fall, es gelänge der Linken die jetzige Majorität zu stützen, was hätten dann die Romanen für einen Gewinn hiervon? Ist etwa Koloman Tisa geneigt, die Autonomie Siebenbürgens wieder herzustellen und ihre nationale Rechte ihnen zu sichern? Hat doch derselbe Tisa in Peft den Romanen die Lyüre gewiesen, als sie dies verlangten!

Aus der Versailler National-Versammlung.

Verfaßtes, 22. Mai. Dem in der „Französischen Correspondenz“ vorliegenden Berichte über die Sitzung entnehmen wir Folgendes: Die Verhandlung über die Interpellation Rouvier's wird fortgesetzt. Herzog von Audiffert-Paquet constant im Eingange seiner Rede mit Bescheiden, daß Herr Rouvier, der langjährige Wortführer der französischen Antiklerikale, nun plötzlich die Verantwortlichkeit der Minister vorzieht, während die Schuld doch gerade in dem von dem Kaiserreich inaugurierten System liegt. Die Arie der Regierung vom 4. September, sagt er, werden ihrer besonderen Wichtigkeit entgegenzogen werden; aber wer möchte verkennen, daß die Regierung in der Nothlage, in welcher sie sich befand, die von der kaiserlichen Administration abgeschlossenen Verträge und damit auch die ganze Rolle von Aemtern, deren sich diese als Vermittler bedient hatte, zu verwerfen gezwungen war? Die wahre Streitfrage ist jetzt die: Waren Sie bei Beginn des Krieges wirklich, wie Sie unter den wahnwitzigen Klagen: „Nach Berlin!“ verkündeten, bereit oder nicht? Ich habe die Beweise vorgebracht, daß fast 10,000 nur 2000 Kanonen vorräthig waren und daß, wenn die Aemtern ihrer mehr besorgten, sie Niemand wenigstens zu finden wußte. Wenn Sie jetzt jede eiserne Röhre, die in uneren Sammlungen aufbewahrt wird, für eine kriegstüchtige Kanone ausgegeben wollen, so können Sie allerdings zu anderen Reputiren gelangen. Das jede gilt von den Gewehren und Cartouchen. Was Sie, daß wir außerhalb Paris im Ganzen nicht mehr als fünf Millionen Cartouchen besäßen, höchstens genug, um zwei kleine Festungen auszurüsten. Dagegen die Nothwendigkeit der Bagaine und Admirale, der Vinoy, Urich und Desjars. Und Sie wollen jetzt versuchen, die Verantwortlichkeiten zu individualisiren, um eine durch die andere lahmpflegen? Ist denn in dem Zustande, in welchem Sie sich verbergen, kein Echo unserer Leiden an Ihre Ohren gedrungen? Sagen Sie nicht von Rauch unserer in Flammen aufgehenden Häuten, hören Sie nicht das Stöhnen unserer Verwandten? Man denn, wie „leichen Gemüths“ auch Ihre Ohren im Schatten der Mähen von Elysien ausruhen mögen, sie können doch ihr Ohr dem Rufe nicht verschließen: „Vare, Vare, redde mihi legionem!“ Ich und unsere Provinzen, gib uns den Ruhm unserer Väter wieder! Aber nicht bloß Unglück, Verlust, Zerstörung haben Sie uns vermach, sondern, was nach schlimmet ist, die Demoralisation! (Lebhafte Beifall.) Das ist die eigentliche Lehre dieser ganzen Debatte. Wenn ein Land auf seine Freiheiten und auf jegliche Kontrolle verzichtet, wenn es keinen Sinn dafür hat, daß die Interessen der Gesamtheit nichts Anderes als die Interessen jedes Einzelnen sind, wenn der Bourgeois es für das Klügste hält, sich um die Politik nicht zu kümmern und unter den Schutz des „Mannes der Vorbehalt“ zu begeben, wenn er vergißt, daß die „Politik“ unser Geld, unsere Ehre und die Zerstückung, die Generatio spontanea des Despotismus. Diese Lehre hat der Mann, welcher heute an der Spitze der Republik steht, aus der Geschichte Napoleon's I. gezogen; wie viel fuhrbarer prägte sie sich ihm jetzt ein angesichts der Trauer und Schande, welche Napoleon III. über uns gebracht hat! Herr Rouvier schloß seine Rede mit dem Zurufe, daß diese Kammer sich nicht auflösen dürfe. Woher plötzlich diese Kundgebung des Vertrauens in den Mann, dessen unermüdeten Wernungsrufen Sie ehebem kein Gehör schenken wollten? Als er seine Summe gegen den ungeligen Krieg erhob, ließen Sie den Pöbel vor sein Haus gehen, und so waren in Wirklichkeit Sie es, die der Commune den Weg

wiefern. Jetzt prebigen Sie wieder den Appell an das Volk, an das nicht unterrichtete Volk. Sie wissen recht gut, wie schwer es ist, die Wahrheit in die tieferen Schichten des allgemeinen Bewusstseins einzudringen zu lassen. Darum wollen Sie daselbe überreden, noch ehe es ausgeklärt ist. Im Namen des öffentlichen Bewusstseins, halten Sie uns in unserer Arbeit nicht auf! Möge — mit diesem Wunsche will ich schließen — möge Gott, der unser Frankreich liebt, ihm die letzte und härteste aller Bewähungen ersparen, die nämlich, je noch einmal seine Geschichte einem Manne anvertraut zu sehen, der ihm so schlechte Dienste geleistet hat! (Anhaltender Beifall.)

Kouher, häufig unterbrochen, beklagt sich, daß der Redner die Debatte gegen sein Verprechen auf ein anderes Gebiet gespielt habe; er selbst will nach wie vor nur von den Leistungen sprechen, mit dem Vorbehalte jedoch, auf persönliche Angriffe zu antworten, die er nicht durch sein Schweigen anerkennt könne. Er erinnert an zwei von der Regierung vom 4. September selbstständig abgeschlossene Lieferungen, bei denen man sich ebenfalls der ungewöhnlichsten Vermittler bedient hätte, und hält sich für die Axiome an das von ihm vorgelegte Inventar. Die Frage, ob man am 15. Juli 1870 bereit war, lasse sich nicht so gelegentlich erledigen, sondern erbeizte eine selbstständige Behandlung. Sie können, schließt er, mit Strenge über mich urtheilen, Sie können mich verdammen; aber meine aufrichtige und ehrliebe Hingebung für das Land dürfen Sie nicht in Zweifel ziehen. (Murmur.)

Samberca, ebenfalls mehrfach von der Rechten unterbrochen, unterscheidet zwischen der finanziellen und der politischen Verantwortlichkeit. Was wir am 4. September als Erbfolge voranden, dafür ist offenbar das Kaiserreich, was wir selbstständig und aus eigener Inspiration thaten, dafür sind wir verantwortlich. So werden auch die beiden Geschäfte, welche der Advocat des Kaiserreichs angeht, von dem kompetenten Urtheil nicht getrennt. Redner gibt übrigens schon jetzt über diese beiden Affären Aufschlüsse. In der einen handelte es sich um Wasserwerke, welche der bekannte Herr Motin bei den Financiers in England ausfindig gemacht haben wollte, in der anderen um große Quantitäten Cartouchen, welche ein gewisser Belot den Ministern anbot. Wir fanden, sagt Herr Sambert, am 14. October, und man telegraphirte mir plötzlich, daß wir nicht genug Cartouchen für eine einzige Schlacht hätten. Da gerieth ich allerdings in furibunden Zorn (Woh! redete); ich ließ Erkundigungen einziehen und erfuhr, daß, Dank unserer berühmten Centralisation, unsere sämtlichen Cartouchen in Paris aufgeschöpft waren, die Provinz also gänzlich davon entblößt war. Ich hätte Sie, meine Herren (zur Rechten gewendet), in einer solchen Noth sehen mögen. Belot kommt mit seinem Anerbieten, man nimme es an; er liefert nichts und erhält auch nichts bezahlt. Wo ist also der Schaden für den Staatsschatz? (Sardische Unterbrechung des Redners.) Ich gebe Ihnen nicht das Wort, Herr v. Savardie! (Rufe! Oh! Keine Dittatur!)

Präsident Grévy: Der Präsident allein hat hier das Wort zu ertheilen. — Samberca (fährt fort): Ich stelle folgendes Dilemma: Entweder Sie hatten die nötigen Waffen — warum dann die überflüssige Lieferungs-Contracte? Oder Sie hatten sie nicht: dann sind Sie Verräther und Diebe. (Beifall auf der äußersten Linken.) Ja, Verräther, für die keine Strafe groß genug ist. Ihre Flucht, welche Sie Verbannung nennen, war nur eine feige Desertion. Während nur ein einziger Senator — der unglückliche Bonjean — auf seinem Posten in Paris verblieb, ließen Sie hinter den Quaiquai Ihres Brotherrn her bis nach Deutschland! Ich wage Sie zu befragen, daß nicht nur ich, meine bishierigen Verantwortlichen mag bereits bleiben, sondern auch Herr Thiers selbst den Krieg gebilligt hätte; Herr Thiers, der seine warnende Stimme erhob, während Sie in St. Cloud nicht die Sprache des Patriotismus, sondern die Sprache des Servilismus redeten: dieselbe Sprache, mit der Sie einst das tolle Unternehmen von Mexico verkündigten. Aber Ihre Verlogenheit und weisheitsvollen Rechtfertigungen werden Ihnen nicht helfen. Mexico ist Ihnen auf der Ferse. Schon hat alle anderen Mitschuldigen dieser tollen Expedition — die Wörner, die Zeller u. s. w. — ihre Schuld erreicht; Bazaine hat seine Strafe, und Sie werden auch der Ihrigen nicht entgehen! (Stürmischer Beifall links. Murmur.)

Die Deputirten, das heißt die Leidenscharzen haben sich erschöpft, und man sieht sich endlich nach einer praktischen Conclusion des zweitägigen Redekampfes um. Der von einer Seite eingebrachte Antrag auf einstige Tagesordnung wird zurückgezogen; Herr v. Broglie bringt eine Formel ein, die farblos genug ist, um alle Stimmen (die des Herrn Kouher nicht ausgenommen) für sich zu vereinigen. Es wird also mit 676 Stimmen folgende Tagesordnung angenommen:

Die National-Versammlung geht, vertrauend auf ihre Commissionen und beharrend in dem Anschlusse, alle Verantwortlichkeiten vor und nach dem 4. September zur Rechenschaft zu ziehen, zur Tagesordnung über.

J u l a n d.

Hermannstadt, 28. Mai. Die traurigen Ernteaussichten in den benachbarten Rumänien charakterisirt am besten folgendes:

Herr Nicolae Greulescu, Minister für Agricultur, Handel und öffentliche Bauten in Bessarabien hat an die Districts-Bäueren unterm 20. v. M. das folgende Rundschreiben im telegraphischen Wege erlassen:

„Indem ich die Ehre hatte, E. Hoheit den Fürsten nach mehreren weithin Districten des Landes zu begleiten, habe ich auf dieser Reise so wohl, wie auch aus den Berichten, die aus beinahe allen übrigen Districten beim Ministerium einliefen, die Ueberzeugung gewonnen, daß, wenn im Laufe dieses Monats Mai ein ausgiebiger Regen den von der großen Dürre gänzlich ausgetrockneten Boden nicht nezt, die Ernte dieses Jahres arg gefährdet ist.“

Angesichts einer solchen Calamität, die die Vorsehung in ihrem unerschütterlichen Schismenisse von Zeit zu Zeit der Menschheit zufendet, geschah als Prüfung, um ihre unbegrenzte Macht in Erinnerung zu bringen, müßten wir, ohne auch nur einen Augenblick müßlos zu werden und erfüllt vom Glauben in diese Vorsehung, unsere Anstrengungen verdoppeln, um wider die Folgen solcher Calamitäten ankämpfen zu können.

Ich lade Sie demnach ein, Herr Bäuerer, daß Sie — wie auch E. Hoheit der regierende Fürst es mir noch auf der Reise anzuschreiben geruhrt, vor allen sonstigen Angelegenheiten — sofort die Verfügung treffen wollen, daß in allen Gemeinden die Priester mit allen Einwohnern ihr Gebet zum Allmächtigen erheben, damit dieser uns Regen sende, ohne welchen unsere ganze heutige Agricultur verloren ist.

Bereiten Sie selbst Ihren District, und eifern Sie persönlich die Landleute an, daß sie es versuchen mögen, wo die Verhältnisse es gestatten, an den Ufern der Flüsse, der Seen, in den Thälern ihren Weizen anzubauen und müßten sie auch mit dem Spaten Tag und Nacht arbeiten. Eifern Sie die Landleute an, daß sie, wenn sie schon nicht mehr Weizen bauen können, wenigstens zur Hirse ihre Flurstück nehmen, deren Cultur, wie Sie wissen, sehr leicht ist. Diese Pflanze braucht nicht viel Zeit, um die verschiedenen Phasen ihrer Entwicklung durchzumachen, und könnte zur Zeit der Noth die gewöhnliche Nahrung des Landmannes, die Polenta (Malaiu) aus Weizenmehl noch immer ersetzen.

Informiren Sie sich, Herr Bäuerer, ohne eine Minute zu verlieren, von den Quantitäten der Hirse, über die man in Ihrem District verfügen kann, damit Sie sich dieses Product aus anderen Districten verschaffen können, falls dasselbe bei Ihnen mangeln sollte. Ich verlange, daß Sie mich von dem Stande der Armoiphäre, dem Gange der Agricultur in Ihrem District und von den Maßregeln Tag für Tag unterrichten, die Sie in dieser Beziehung getroffen haben.“

Wie n, 24. Mai. Die lang erwartete ministerielle Erklärung über den Verhandlungsmodus des galizischen Ausgleichs ist in der Sitzung des Verfassungsausschusses vom 23. Mai erfolgt. Der Ministerpräsident Fürst Adolph Auersperg selbst war es, der sie als Antwort auf eine Interpellation des Reich v. Weß abgab, welche folgendermaßen lautete:

„Bezieht die Absicht der Regierung den galizischen Landtag über das Elaborat des Verfassungsausschusses betreffend die galizische Revolution in irgend einer Weise dann zu befragen, wenn das Haus vor der Beschlußfassung hierüber vertrat werden sollte?“

Ministerpräsident Fürst Adolph Auersperg erwiderte: „Die Regierung hat beim Wiederauftritt des Reichsrathes die verschiedenen Eventualitäten ins Auge gefaßt, die bei der Behandlung der galizischen Angelegenheit eintreten können, und zwar in der Absicht, um die Sache rasch vorwärts zu bringen. Sie hat auch die Frage des Zusammentritts, sei es aller Landtage, sei es des galizischen Landtages allein, in Erwägung gezogen. Dabei beschloß sie auch der Gedanke, daß dem galizischen Landtage die Gelegenheit gegeben werden könnte, sich über die ihm zu machenden Konzessionen ausdrücklich zu äußern. Einen Beschluß in dieser Richtung hat jedoch die Regierung nicht gefaßt und konnte ihn auch nicht fassen, weil sie nicht vorhersehen kann, wie weit die Angelegenheit in beiden Häusern noch gebracht werden wird. Sollte die Regierung aber auch ein Entschieden vom galizischen Landtage begehren, so wird damit werden den Beschüssen des Reichsrathes vorgegriffen, noch dadurch die begehrt Quantität in die Landesordnung ausgegeben, an der die Regierung stets offen und unumwunden festgehalten hat. Auf alle Fälle kann ich den Herren die Versicherung geben, daß es der Regierung nicht einfallen kann, etwas zu unternehmen, was gegen das Verfassungsgesetz wäre oder über die Kompetenz der Regierung hinausginge.“

Was die vom Herrn Abg. Freiherrn Weß erwähnte Beunruhigung der Gemüther anbelangt, so muß die Regierung die Verantwortung dafür jenen Elementen zuschieben, die eben eine fortwährende Erregung in sich setzen müssen, um bei der Bevölkerung das Vertrauen zum Ministerium zu untergraben. Treu dem Wahlspruch: „Der Zwischtritt ist die Mittel“ werden dazu alle nur möglichen Verdächtigungen gebraucht, um als Mittel und Pfingstgeschenk dem Publikum offerirt zu werden. Einmal ist es ein kleiner Verfassungsverstoß oder ein gebührender Vorbehalt, dann eine Uneinigkeit im Schooße des Ministeriums, eine Ministerkrise. Zieht sich nach kurzer Zeit die Unwahrscheinlichkeit solcher Gerüchte, so jagt man einfach, die Regierung wende Alles an, um das abzulugnen und zu verwehren, was gegen ihren Willen in die Öffentlichkeit gelangt ist. Wenn daher die Angst vor dem Verfassungsverstoß die Gemüther beunruhigt hat, so kann ich den hohen Ausschuss versichern, daß dieser Verfassungsverstoß von der Regierung so gut verstanden wird, daß er im Schooße des Ministeriums nicht einmal empfangen, viel weniger geboren wurde.“

Im Grund genommen erhebt man aus der Antwort des Ministerpräsidenten in der Hauptsache nur, daß die Regierung selbst noch nicht mit sich im Reinen ist, was sie thun werde, und daß der Herr Minister sehr unglücklich über die Journale, namentlich über die Organe der „Jungen“, von den sonstigen Vorgängen in der gestrigen Sitzung des Verfassungsausschusses ist zu erwähnen, daß derselbe die folgenden drei Anträge seines Subcomitès zum Schutze der deutschen Nationalität mit überwiegender Stimmenmehrheit angenommen hat:

„In den deutschen Gemeinden bleibt die deutsche Sprache Amtssprache, die Correspondenz derselben wird deutsch geführt; die politische Behörden in Biala behält die deutsche Sprache als Amtssprache; im zweiten Gymnasium in Lemberg und in der Ober-Realsschule in Brody ist die deutsche Sprache die Unterrichtssprache.“

Die Abgeordneten Grocholst und Zyblikiewicz bekämpften diese Anträge als überflüssig. Zyblikiewicz erklärte, daß man in Galizien der deutschen Sprache durchaus nicht feindselig sei, indem sie eine Nothwendigkeit ist, besonders da Österreich ein deutscher Staat sei. Der Abgeordnete Kuh entgegnete:

Dr. Zyblikiewicz hat hervorgehoben, daß die Erlernung der deutschen Sprache in Galizien notwendig wäre, weil Galizien doch dem deutschen Staate angehöre. Ich danke ihm für diesen Anspruch, den Weie von uns nicht gemacht hätten. Nur bitte ich, daß er aus diesem seinem Ausspruche auch Konsequenzen ziehe. Die politischen Freunde des Herrn Abgeordneten ignoriren mächtige Parteien in ihrem Heimatlande. Mäße der Herr Abgeordnete in Konsequenz seines Ausspruches nicht die Partei ignoriren, die die Geschichte anerkennt, und nicht nur jene für maßgebend halten, welche dies nur insoweit thut, als sie gemeint ist.

Der Abg. Gerszawski fand, daß das Subcomitè die Galizien bereits zugesagten Konzessionen bescheiden wolle. Die Germanisirung der zwei Mittelschulen hält er für eine Beleidigung des Landtages, welcher die Resolution derselben beschlossen habe.

Wie n, 26. Mai. Ueber das Befinden der Erzherzogin Sophie wird berichtet:

Die wenigen Anzeichen, die Samstag bis nach Mitternacht noch für einen möglichen Eintritt einer Besserung bei Ihrer k. Hoheit der Frau Erzherzogin Sophie sprachen, verschwanden im Laufe des Sonntags wieder vollständig und machten einer wesentlichen Verschlimmerung Platz. Den ganzen Tag hindurch lag die hohe Kranke abertausend ohne Bewußtsein in erregtem Fieberflamme und dabei trat ein ungemein großer Schwächegrad ein, der fast jede Hilfe ausschließt. In Folge dieser traurigen Wendung, die nun abertausend die Krankheit gewonnen, waren um 2 Uhr Nachmittags sämtliche hier weilenden Mitglieder des allerhöchsten Kaiserhauses in der Hofburg versammelt, um beim Entritte der lange gesüchteten Katastrophe in der Nähe zu sein. Die Königin-Witwe von Preußen, die regierende Königin von Sachsen, die Erbprinzessin Isabella von Spanien, Prinz Appony von Homburg, Gräfin Urgenti zogen auf telegraphischem Wege Erkundigung über das Befinden der erkrankten Erzherzogin ein und ließen sich in den aufsteigenden Genußausgangsbogen einschreiben, in dem bereits die Namen sämtlicher Minister, der Aristokratie und zahlreicher Standespersonen verzeichnet waren.

Die Bestürzung in den allerhöchsten Kreisen ist, obwohl man seit mehreren Tagen schon auf den traurigen Ausgang der Krankheit gefaßt ist, eine allgemeine. Ihre Majestät die Kaiserin, Kronprinz Rudolf und Erzherzogin Gisela erschienen um halb 9 Uhr Abends zum zweiten Male im Laufe des Tages in der Hofburg und lehrten erst nach einer Stunde nach Schönbrunn zurück.

In Falle das bereits Unabwendbare im Laufe der Nacht eintreten sollte, wird ihre Majestät durch eine Stafete sofort davon benachrichtigt werden, ebenso die außerhalb der Burg weilenden Mitglieder des allerhöchsten Kaiserhauses.

Unter den im Laufe des Nachmittags erschienenen Honoratioren und Würdenträgern befand sich der russische Gesandte Fürst Komitoff mit Gemahlin und der belgische Gesandte Vicomte de Jonghe d'Ardoyn, ebenfalls mit Gemahlin.

Bis halb 10 Uhr Abends war der trostlose Zustand der Frau Erzherzogin Sophie ein unveränderter geblieben.

Gray, 25. Mai. In der heutigen Gemeinderathssitzung wurde nahezu einstimmig eine Petition beschlossen um Nichterstattung der Niederlassung der aus anderen Ländern vertriebenen Juden in Oesterreich. Auch wolle das Ministerium zunächst im Reichsrathe ein die kaiserlichen Verhältnisse überhaupt regelndes Gesetz vorlegen.

Laibaoh, 25. Mai. Das Diözesanblatt bestätigt die Angaben des Ministers Stresemann über die Engage der Bischöfe und fügt bei, daß aus der ministeriellen Antwort ersichtlich sei, wie wenig die Kirche von der Regierung zu erwarten habe.

M u n i c h.

München, 25. Mai. Wie die katholische Zeitung vernehmen, ist über den Garnisonsparrer Linnemann, falls er in der Garnisonkirche St. Pantaleon, deren Benutzung den Katholiken seitens der Regierung gestattet wurde, weiter noch den katholischen Garnisons-Gottesdienst abhält, eine päpstliche Verordnung vom Fürstbischof Kampanowick die Excommunication ausgesprochen worden. Es heißt, daß der für morgen angesetzte katholische Garnisons-Gottesdienst suspendirt wurde.

Verfailles, 25. Mai. Serrier, Boissin und Bonin wurden heute früh auf dem Plateau von Saucy hingerichtet. Dieselben starben unter dem Rufe: „Es lebe die Commune!“ Das Gerücht von Verhaftungen in Paris wird demittirt.

Thiers wird sich heute nach Paris begeben, um dem deutschen Botschafter, Grafen Arnim, einen Besuch abzustatten.

Madrid, 24. Mai. Der König conferirte mit den Präsidenten des Senats und des Congresses und mit verschiedenen politischen Persönlichkeiten. Der Chef des Cabinetes ist noch nicht gewählt.

Marquis Uquijo, Deputirter der Junta von Alava, hat mit Serrano über die Unterwerfung der carlistischen Banden in der Provinz Alava unterhandelt. Die Gesamtzahl derselben beläuft sich auf 1500 Mann.

Madrid, 25. Mai. Lopez wurde mit der Bildung des neuen Cabinetes beauftragt.

Madrid, 25. Mai. Mariscal Serrano hat die Mission übernommen, ein neues Cabinet zu bilden, diese Mission aber, da er in den baskischen Provinzen bis zu deren Pacification verbleiben muß, an Lopez übertragen, welcher interimistisch das Regierportefeuille übernimmt. Man hofft, daß das Cabinet noch heute gebildet sein wird.

Smyrna, 18. Mai. Jährliche Polizei-Patrouillen durchstreifen die Stadt, um den Straßentischen Eucalarien zu erwidern. Bei einer hier ausgeprochenen Feuerbrunst leiteten 100 Matrosen der österreichischen Panzerregate „Lissa“ mehrfachen Hilfe. Mehrere der wegen der letzten Aufständungen verhafteten Individuen wurden wieder freigelassen.

Washington, 24. Mai. Der Präsident hat die Annent-Bill unterzeichnet. Die Regierung verweigert die Session des Congresses, doch dürfte die Erledigung des Zusatzartikels vor Wiederbeginn der öffentlichen Sitzung des Congresses erfolgen.

In der heutigen Ernteaussicht wurde wieder über den Supplementar-Artikel bis 5 Uhr Abends verhandelt.

Local- und Tagesnachrichten.

Hermannstadt, 29. Mai.

Die Stiftungs-Festliedertafel der Germania findet nächsten Samstag unter Mitwirkung der löbl. Kapelle des k. k. J. R. Graf v. Melkenburg-Streich im Garten der des Volksgartens statt. Anfang 7 Uhr. Die B. L. Mitglieder der „Germania“, welche außer der ihnen jagungsgemäß zustehenden Entreekosten noch Gratulationen gegen Entgelt von je 50 kr. 8. W. zu leisten berechtigt sind, wollen Freitag den 31. Mai l. J., Nachmittags von 3 1/2 bis 6 Uhr und Samstag den 1. Juni l. J., Nachmittags von 2 bis 4 Uhr im Musikvereins Lokale die Karten abholen.

Der „Reform“ schreibt man, daß im Dobosker Komitat heuer ein großer Nothstand zu gewärtigen sei. In den Jahren 1870 und 1871 war die Weizenerte so schlecht, daß der Kubel 10 fl. kostete. Jetzt biete Korn gar keine und der Frühjahrsanbau wenig Aussicht, da seit dem März Dürre herrscht. Auch Weiz wird es dort heuer nicht geben.

Berzeichniß

der bei dem k. ung. Gerichtshof Hermannstadt in der öffentlichen Sitzung am 30. Mai 1872 vorzutragenden Civilprozesse.

1. Zahl 610/1872. Rechtsstreit des k. k. Baron Bruckenthal wider Franz Schreiber aus Hermannstadt wegen 1600 fl.
2. „ 1168/1872. Rechtsstreit der Johana Weres wider Theodor Spunzi aus Fred wegen einer Waise.
3. „ 8526/1872. Rechtsstreit des Anton v. Rimatowits wider Adolf v. Mark und Friedrich Gerets wegen 345 fl. 8. W.

Hermannstadt, am 28. Mai 1872.

Som k. ung. Gerichtshof.

Geschäfts-Bericht.

Hermannstadt, 28. Mai.

Seit längerer Zeit strich ein glühender Strohco über die dürftigen Felser des Weichbundes der Stadt und dessen Umgebung und verdrödete die Gräser, Dalm- und Blauschneide in höchst bedauerlicher Weise — bis 28 Grad Hitze — in allen Richtungen zogen zwar starke Gewitterregen, aber unser Gebiet blieb noch immer verdorrt, bis endlich gegen den 27. sich auch hier ein erquickender, aber leider nur zu kurzer Regen einstellte und die Temperatur plötzlich auf die Hälfte herabstimmte, heute ist das Wetter zwar wieder milder und noch trübe, aber der nötige Regen hat abertausend aufgebört; nach eingegangenen Nachrichten steht Kultur in Gegenden, wo es geregnet hat, recht gut, an vielen Orten wieder haben die Dalmfrüchte und besonders der Valler durch die anhaltende Dürre stark gelitten, die Weizenungen haben Gras, aber höher gelegene Weiden sind ausgebrannt; nach allgemeinen Umständen ist auch für dieses Jahr keine Wohlthätigkeit oder ein bedeutendes Herabgehen der Fruchtpreise in Aussicht — Wir notiren heute bei sehr schwacher Zufuhr Weizen bei starkem Bedarf und steigender Tendenz unverändert fest, Korn sehr wenig am Markte, daher bei reger Nachfrage rapid gestiegen, Kultur hinlänglich zugeführt bei frühemere Preisstauung, Weizen und Gerste auch im Steigen begriffen, Fleisch und Fritzmwaren noch unverändert, so auch lauten die Nachrichten aus Rumänien nicht sehr günstig, viele Felder sind auch dort in Folge der Dürre unangebaut geblieben — nur Regen, so lauter allemal haben das Lösungswort, dann könnte sich noch Alles erholen.

— Sichere Heilung für Lungenkrankheiten, Magenleiden, Magen- und Körperwunden, Stropheln, Blatarmuth etc. bietet Zwano's condensirte Streppensferre-Milch. — Siehe heutiges Inserat.

Stadt-Theater in Hermannstadt.

Heute Mittwoch den 29. Mai 1872.

Zum Vortheile des Schauspielers Josef Posinger.

Die Gefangenen der Czarin.

Auffspiel in 2 Akten von Friedrieh.

Darsteller:

Große Arie der Agathe, aus der Oper:

Freischütz

von C. M. v. Weber.

Gesungen in Costume von Fel. Luger.

Zum Schluß:

Nur nicht reden,

oder:

Tratschmirl im Salon.

Auffspiel in 1 Akt von A. Sitt.

Fremdenliste.

Angelommen am 28. Mai:

Hotel de Romania. Bestemann, gr. untrirter Canonicus, aus Blasenboff; D. Burja, Executor, D. Florian, Notär, aus Gelliste; S. Pau, Notär, aus Sibielu.

Telegr. Wiener Cours vom 28. Mai 1872.

5%, Metallguld.	64.75	Ungar. Grundentlastungsbö.	81.50
5%, mit Mai u. Novem. Zinsen.	—	Lemesb.	79.2
6%, National-Anlehen (Silber).	72. —	Sieeb.	79. —
1860er Staats-Anlehen.	108.80	Kroat.-Tab.	84. —
Banqueten.	887. —	Silber.	110.85
Realitäten.	334.80	R. L. Mühl-Dulaten.	6.40
Loosen.	112.75	Kapocentner.	8.92

